



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

Digitale Sammlungen

25.08.1931 (Nr. 85)

LNZ

Bremer Nationalsozialistische Zeitung Parteiamtliches Organ der Bremer Nationalsozialisten

Verlagsort Bremen Herausgeber: Kurt Ziehe Verlag: Bremer Nationalsozialistische Zeitung, Kurt Ziehe, Geschäftsstelle und Redaktion: Bahnhofstraße 26. Sprechstunden der Redaktion: Montag bis Freitag von 17 bis 19 Uhr. — Fernsprecher Domsheide 2587

Die LNZ erscheint jeden Freitag u. kostet RM 1.50 frei Haus, durch die Post zusätzlich 36 Pfg. Beleggeld. Der Bezugspreis ist im Voraus zahlbar. Bei Betriebsstörungen, Streik, Verbot, Auslieferung um hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachzahlung des Bezugspreises

Anzeigenberechnung: fliegende die 10. gew. Romp. Zeile RM 0.25, auswärts RM 0.30, im Textteil die 3. gew. Zeile RM 1.00, auswärts RM 1.25, Stellengeld u. Familien-Anzeigen RM 0.10 kleine Anzeigen RM 0.15. Plakatchriften ohne Verbindlichkeit

Dienstag, 25. August 1931 Nr. 85

Neues Eisenbahnunglück bei Duisburg

Polnischer Korridor — Gefahr für Europa

Zentrumspolitik bricht zusammen

Arbeiterzeitung verboten

Die Schuld der Schünemann-Presse

Ultimatum der Hochfinanz

**Gründe der englischen Regierungskrise — Neue Bankpleite in Darmstadt
Beamtenbankbilanz gefälscht — Schuld der Breußenkasse**

Das englische Kabinett zurückgetreten

London, 24. August. Die Kabinettsitzung dauerte nur bis 12.30 Uhr. Als mehrere Minister beim Verlassen der Amtswohnung Macdonalds über den Stand der Dinge befragt wurden, antworteten sie nur: „Es ist alles vorüber, wir sind zurückgetreten.“

Die ausscheidenden englischen Minister.

London, 24. August. Es gilt als sicher, daß die folgenden Minister kein Portefeuille in dem neuzubildenden Kabinett übernehmen werden: Außenminister Henderson, Handelsminister Graham, Gesundheitsminister Arthur Greenwood, der Earl Lord der Admiralität, der Minister für öffentliche Arbeiten George Lansbury und der Unterstaatssekretär für Schottland, Tom Johnston. Es heißt, daß im ganzen zehn Minister aus dem Kabinett ausscheiden werden. Der Minister für die Dominien, Thomas, erklärte, daß er in dem Kabinett verbleiben würde.

Die Wallstreet befiehlt

Der Einfluß der jüdischen Hochfinanz

London, 25. August. Der „Daily Herald“ glaubt einen überraschenden Versuch der amerikanischen Bankiers enthüllen zu können, auf die englische Innenpolitik einen maßgeblichen Einfluß auszuüben. Das Blatt erklärt, hinter dem am Montagabend veröffentlichten Angebot der Federal Reserve Bank von New York, der Bank von England weitere große Kredite zur Verfügung stellen zu wollen, verberge sich die überraschende Tatsache, daß dem Kabinett Macdonald von der Federal Reserve Bank mitgeteilt worden sei, ein solcher Kredit könne nur unter der Voraussetzung bewilligt werden, daß sofort erhebliche genau spezifizierte Einsparungen vorgenommen würden, und zwar entweder im Verwaltungsapparat als ganzem oder bei den Erwerbslosen-Unterstützungsämtern. Dieses wirksame Ultimatum der New Yorker Bankiers hätte eine ausschlaggebende Rolle bei den Meinungsverschiedenheiten des alten Kabinetts über einen Abbau der Erwerbslosen-zahlungen um 10 v. H. gespielt. Die Gegenkräfte seien durch die Forderung der Bank von England nach weiteren Krediten unter den gleichen Bedingungen noch verstärkt worden. Der „Daily Herald“ sagt, die Erfüllung der Forderungen der amerikanischen Bankiers würde vom Standpunkt des Volkes aus keinen Patriotismus darstellen, sondern vielmehr die Annahme einer Diktatur nicht nur der englischen, sondern auch der internationalen Banken. Dies sei für das britische Ansehen ein Schlag, der in jüngster Zeit nur mit der Aufstellung des Versailles Vertrages verglichen werden könne. Die Bildung einer Nationalregierung sei der ärgste Schlag gegen die Rechte und die Machtmittel einer demokratischen Regierung.

Wallstreet jetzt zu Krediten bereit

New York, 25. August. Die Wallstreet ist bereit, der neuen englischen Regierung innerhalb von 24 Stunden einen kurzfristigen Kredit in Höhe von 300 bis 500 Millionen Dollar zur Verfügung zu stellen, wenn dies gewünscht wird. Es finden bereits informatorische Befragungen für eine Syndikatsbildung statt. Eine langfristige Kreditgewährung gilt als ausgeschlossen, da die Lage des Obligationenmarktes zu ungünstig ist.

Die Bildung eines Koalitionskabinetts in London wird in New York durchaus begrüßt. Hauptächlich wird auf die Notwendigkeit einer allerhöchsten Ermäßigung der Arbeitslosenunterstützung hingewiesen. Die New Yorker Banken wün-

schen bei einer etwaigen Kreditgewährung die Federal Reserve Bank möglichst auszuschalten, da sie der Ansicht seien, daß die Reservebanken schon zuviel Geld in Europa angelegt hätten.

Neue Bankpleite

Die Darmstädter Volksbank e. G. m. b. H. stellt ihre Zahlungen ein.

Darmstadt, 25. August. Von der Leitung der Darmstädter Volksbank e. G. m. b. H. wird mitgeteilt: Die Volksbank e. G. m. b. H. sieht sich genötigt von heute (Dienstag) ab ihre Schalter zu schließen. Die schon vor den Bankkreditverträgen bestehende Illiquidität der Bank hat nach Wiederaufnahme des normalen Zahlungsverkehrs eine Verschärfung erfahren, die die Stadt Darmstadt und das Land Hessen veranlassen, ihre Hilfe zur Beischaffung von flüssigen Mitteln in der Form von Girierung von Kunden-Akzepten gegen entsprechende Unterlagen nicht zu verlagern. Bevor diese Hilfe in größerem Ausmaß in Anspruch genommen, n. Hilfe in größerem Ausmaß in Anspruch genommen wurde, ergab sich die Notwendigkeit einer weitgehenden Stützung, um die stärker werdende Verrückung der Bevölkerung hintanzuhalten. Stadt und Staat wurden bei der großen Bedeutung, die die Volksbank e. G. m. b. H. für das heilige Wirtschaftsleben und darüber hinaus hat, um Übernahme einer Ausfallbürgschaft für die Verbindlichkeiten der Volksbank gebeten. Da die zur Übernahme der Garantie erforderlichen Voraussetzungen nicht erfüllt wurden — der Finanzanspruch des Heiligen Landtages war einstimmig dazu bereit, während der Finanzanspruch des Stadtrats in seiner großen Mehrheit Einstimmigkeit übte — ist die Volksbank genötigt, ihre Zahlungen einzustellen.

Eisenbahnunglück bei Duisburg

Duisburg, 24. August. Am Montagabend ereignete sich im Duisburger Hauptbahnhof ein Eisenbahnunglück. Der um 21.45 Uhr in Duisburg ankommende Berliner Eilzug fuhr auf einen im Hauptbahnhof stehenden Postzug auf, wobei die hinteren Wagen des Postzuges sowie die Lokomotive des Eilzuges beschädigt wurden. Bisher konnten zwei Beamte, die sich in dem letzten Wagen befanden, in schwerverletztem Zustande geborgen werden. Sonst ist niemand verletzt worden.

Noch immer Steuerzinsen

Berlin, 24. August. Das Reichsfinanzministerium teilt mit: Die in der Vorberordnung über Zuschläge für Steuerrückstände vom 20. Juli 1931 festgesetzten Zinsätze und Verzugszuschläge waren erforderlich, um wieder pünktliche Steuerzahlungen zu erreichen. Von verschiedenen Seiten ist mit Rücksicht auf die Herabsetzung des Reichsbankdiskonts angeregt worden, die getroffenen Maßnahmen aufzuheben. Die Aufhebung kommt jedoch im Hinblick auf die Finanzlage des Reiches noch nicht in Betracht. Die Finanzämter sind aber angewiesen worden, bei Festsetzung der Steuerrückstände auf die wirtschaftliche Lage des Pflichtigen Rücksicht zu nehmen und, soweit erforderlich, Entgegenkommen zu zeigen. Auch bei Festsetzung der Verzugszuschläge für Steuerrückstände von 5 v. H. für den halben Monat sollen die Finanzämter unnötige Härten vermeiden und von der Festsetzung eines Verzugszuschlages ganz absehen, wenn die Frist unerschuldet nur um ein geringes überschritten wird.

Koalition?

Die Bremer Regierungskrise.

Die letzten Wochen in Bremen haben gezeigt, daß das Vertrauen weitester Kreise der Bevölkerung, auch das der unpolitischen Kreise zu Staat und Wirtschaft zu erschüttern. Der Sturz des Senator Bohmers, die noch immer ungeklärten Vorfälle um die Schröder Bank der allmählich sich zu einem Riesensandal auswachsende Konfurs der Beamtenbank, vorher der Zusammenbruch der Dynastie Lahusen, alles das hat bei mehr oder weniger bitteren Begleitermeinungen die Massen politisch aufgerüttelt und ihnen eindeutig gezeigt, mit welcher Geschwindigkeit wir einer allgemeinen Wirtschaftskatastrophe entgegensteuern, zum entscheidenden Teil verursacht, zum mindesten nicht abgewendet durch die verantwortlichen Führer des herrschenden Systems.

Wir haben mehr als einmal darauf verwiesen, daß es sich hier nicht um eine zufällige Häufung von Einzelfällen handelt, sondern daß sich hier zwangsläufig der Zusammenbruch des liberalistischen Wirtschaftssystems vollzieht, was wir seit Jahren vorausgesehen haben. Staat und Wirtschaft sind zum Selbstzweck der jeweiligen Führer geworden. Es fehlen daher manchmal nur wenige Schritte, bis aus den Staatsgeschäften kriminelle Taten werden können.

So gesehen, mußten wir mit immer schärfer werdender Deutlichkeit den Sturz des herrschenden Systems fordern, da sonst immer weiter schaffende Stände ins Verderben gerissen würden. Wir wollen nicht grundsätzlich annehmen, daß die inzwischen entlarvten Führer bewußt diese Katastrophe beabsichtigt haben, aber ihr verantwortungsloses Handeln auf Grund ihrer liberalistischen Weltanschauung, ihre schweren Verluste gegen unseren Grundfak: „Gemeinnut geht vor Eigennut“ mußten zu dieser Entwicklung führen.

Als in den letzten Wochen die Zusammenbrüche einsetzten, bedauerten wir, nicht voll das Geht in der Hand zu haben, um mit rücksichtslosen Maßnahmen dafür Sorge zu tragen zu können, die Schuldigen zu strafen und den Geschädigten zu helfen. Es gehört in das demagogische Lügen-Reperioir der Bremer Marxisten wenn sie als fast allein Schuldige, sich jetzt als Retter der Beamtenbank aufspielen wollen, wenn sie uns Vorwürfe androhen, wir seien die Schuldigen, wenn sie schließlich in geradezu hysterischer Verkennung der politischen Gesamtentwicklung nach mehr Einfluß der SPD im Bremer Senat schreien. Wir haben als Oppositionspartei alles getan, was in unseren Kräften stand, um den kleinen Sparern ihre Mittel zu erhalten. Wir werden auch auf diesem Wege entschlossen weitergehen, aber stets in der Erkenntnis, daß innerhalb des gegenwärtigen Regierungssystems innerlicher Wandel nicht geschaffen werden kann. Das rissige Haus der Lahusen, das sie einst leimen und flicken wollten, ist längst zu einem Trümmerhaufen geworden, dessen Schutz jetzt beiseite geräumt werden muß, soll ein neues Gebäude errichtet werden.

In diesem Stadium der Entwicklung treten die Bremer Nachrichten, veranlaßt durch den deutschen nationalen Brief an den Senat, den auch wir veröffentlicht haben, mit der Aufforderung an uns heran, „uns nun endlich zur praktischen Mitarbeit bereit zu erklären“. Sie lesen aus unserem getriggen Leitartikel heraus, daß wir bei einer Umbildung des Senates „weitergehende

Forderungen" anmelden wollen und lassen in ihren weiteren Betrachtungen die Ermahnung durchdringen, wir sollten bei der Bildung einer „einheitlichen bürgerlichen Front“ nicht zum Spielverderber werden.

Zunächst einmal haben die Bremer Nachrichten auf Grund ihrer verantwortungsvollen Unterföhrung des schuldig gewordenen Systems in Bremen (siehe auch Artikel im Innern des Blattes) ganz einfach das Recht verwirkt, wie sie aussehen wollen, aufzutreten. Dieses Blatt hat stets die Interessen seiner Groß-Inferenten vertreten und will scheinbar jetzt neuen Anschluß suchen, nachdem diese Groß-Inferenten der Reihe nach pleite gehen. Trotzdem wagt es der Verfasser uns zu praktischer Mitarbeit aufzufordern, uns die wir seit Jahren praktische Arbeit im Kampf gegen die zerstörenden Kräfte des Staates leisten, uns, die wir auch in der bremischen Bürgerschaft trotz unserer oppositionellen Stellung bemüht waren, entgegen dem Willen der oberfaulen Koalition Diez, Wenhold, Böhmers einen ehrlichen Etat aufzustellen. Der Zweck dieses ganzen Artikels ist durchschaut, denn er bedeutet nichts anderes als der plumpe Versuch, die fauberen, unverbrauchten Kräfte der NSDAP. vor den Schmutzkarren des herrschenden Systems zu spannen. Wir haben diesen Versuch vorausgesehen und darum mit aller Deutlichkeit gestern unsere Stellung zur Bremer Regierungskrise dahin festgelegt, daß wir erst dann bereit sind, die Staatsgeschäfte in die Hand zu nehmen, wenn unsere nationalsozialistische Staats- und Wirtschaftsauffassung ausschließlich zur Geltung kommt. Das sind keine weitergehenden Forderungen, das ist ganz einfach die Erkenntnis von der Notwendigkeit grundsätzlichen Wandels in sämtlichen politischen, finanziellen, wirtschaftlichen und kulturellen Tagesfragen. Wer diese Notwendigkeit noch nicht begriffen hat, der mag für eine bürgerliche Front plädieren, die in Angst vor dem innerlich begründeten Auseinanderfallen eine neue heillose Kompromisswirtschaft eröffnen möchte, die gleichfalls zur Katastrophe führt. Daran ändert auch nichts die kommentierte Notverordnung, die die Länderregierungen mit neuen Machtmitteln ausstattet. Allein die Verantwortung wird wachsen und damit die Schuld.

Wir sind uns des Vertrauens bewußt, das heute die Hälfte des deutschen Volkes uns geschenkt hat und wir werden mit fauberen Händen und mit der uns allein eigenen Entschlossenheit eingreifen, wenn die Stunde gekommen ist. Wir werden jeden ehrlichen Bundesgenossen begrüßen, aber keinen Deut abweisen vom dem grünen Weg, den uns unser Führer Adolf Hitler seit einem Jahrzehnt vorgelebt hat.

Die üblige Heze

Ein Herr von Red läßt in einem Münchener Blatt eine Erklärung los, in der er in ungeheuerlicher Weise die Mitglieder der Reichsleitung der N. S. D. A. P. herabzuwürdigen versucht.

Herr von Red war in der Reichsleitung als Hilfsreferent der Rechtsabteilung einige Zeit tätig. Vermutlich veranlaßten ihn Wut über seine Kündigung, und der Umstand, daß er eine unläufig gegen die Reichsleitung angestregte Klage wegen Gehaltsüberhöhung beim Arbeitsgericht zurückziehen mußte zu seinen Ausfällen.

In der Reichsleitung der NSDAP. befindet sich niemand, der jemals Eifer hätte hochleben lassen, insbesondere stellen wir fest, daß der in Münchener Zeitungen vom November 1918 erwähnte „Student Frant“ oder „Dr. Frant“, von dem berichtet wird, daß er Eifer anlässlich einer Feier hätte hochleben lassen, nicht personengleich ist mit Rechtsanwalt Dr. Frant 2.

Es handelt sich hierbei offenbar um einen Marrieten namens Frant, der später zu mehreren Monaten Gefängnis verurteilt wurde und seitdem aus München verschwunden.

Unser neuer Roman: Dr. Goebbels „Michael“

Im übrigen lohnt es sich nicht, auf den Brief des Herrn von Red einzugehen. Er gehört in die Reihe der täglichen Herabwürdigungen der Bewegung und ihrer Führer, deren sich die gegnerische Presse zu durchsichtigen Zwecken bedient. Herr von Red kam seinem schon vor Veröffentlichung seines „Briefes“ gegebenen Anschluß aus der Partei durch seinen Austritt lediglich zuvor.

Wirtschaftspolitische Tagung der NSDAP.

In diesen Tagen, in denen die jahrelange verhängnisvolle Politik der Erfüllungsparteien zu dem vom Nationalsozialismus längst vorausgesagten **Niederbruch der deutschen Wirtschaft** geführt hat, berief die Wirtschaftsabteilung in der Reichsleitung der NSDAP. die wirtschaftlichen Berater aus allen Gauen des Reiches zu einer Tagung nach München.

Unter dem Vorsitz des Reichsorganisationsleiters Pg. Hietl und in Anwesenheit von Pg. Gottfried Feder und der nationalsozialistischen Mitglieder des Haushaltsausschusses des Reichstages traten die Teilnehmer, die den verschiedensten Berufsständen und Ständen angehören, zu den Beratungen im Braunen Haus zusammen. Der Leiter der wirtschaftspolitischen Abteilung in der Reichsleitung, Pg. Dr. h. c. Wagner gab einleitend einen Überblick über die Ursachen des erschütternden Wirtschaftsverfalles, über die hierdurch bewirkte Arbeitslosigkeit, über die Verschuldung und Steuerlast der schaffenden Stände und über die grundsätzlichen sowie unmittelbar praktischen Forderungen die sich für die N. S. D. A. P. daraus ergeben. Daran schloß sich ein Referat des wirtschaftspoli-

tischen Referenten bei der Reichsleitung Pg. Dr. von Kienel über die **reditpolitischen und währungsrechtlichen Maßnahmen**, die der Nationalsozialismus zur Wiederingangigkeit der Wirtschaft und Beseitigung der Arbeitslosigkeit in dem Augenblick zu treffen habe, in dem die politischen Voraussetzungen hierfür gegeben sind.

Auf Grund der vorgefertigten Vorarbeiten der wirtschaftspolitischen Abteilung der Reichsleitung wurden die praktischen Maßnahmen aufgezeigt, die nach Auffassung der Reichsleitung sofort durchgeführt werden müssen und können, um die Massenarbeitslosigkeit, sowie die übermäßige, erdrückende Zinsen- und Steuerlast der Wirtschaft aus eigener Kraft zu beseitigen.

Die Tagung brachte in voller Einmütigkeit und Geschlossenheit die Ueberzeugung zum Ausdruck, daß eine nationalsozialistische Staatsführung auf Grund der von ihr in Aussicht genommenen und zu treffenden wirtschaftlichen Sofortmaßnahmen absolut in der Lage ist, der deutschen Wirtschaft trotz des verheerenden Zustandes, in den sie durch die bisherige Politik der Erfüllungsparteien hineingetrieben worden ist, wieder diejenige Grundlage zu geben, auf der der Nationalsozialismus das arbeitsfreudige und trotz allem innerlich gesunde deutsche Volk aus dem heutigen Wirtschaftselend herausführen wird. Es besteht kein Zweifel darüber, daß das gegenwärtige herrschende System infolge seiner Bindungen an die internationalen Mächte einen solchen entscheidenden und allein Erfolg versprechenden Weg der Besserung nicht gehen kann. Eine grundlegende **Änderung in der politischen Staatsführung Deutschlands** ist daher als notwendige Voraussetzung für die Wiederaufrichtung der deutschen Wirtschaft unumgänglich.

In dem einmütigen Bewußtsein, daß der Nationalsozialismus — vom Willen des Volkes getragen — diese Wende des deutschen Schicksals herbeiführen wird und — allen an ihn heranretenden Aufgaben gewachsen — das wirtschaftspolitische Rüstzeug zur Wiederaufrichtung der deutschen Volkswirtschaft bereit hält, fand die Tagung ihr Ende.

Der polnische Korridor als größte Gefahr für Europa

Sagt der amerikanische Oberst Powell

„Donner über Europa“ nennt Oberstleutnant Powell ein Buch, in dem er seine Eindrücke über Europa und europäische Politik schildert. Er war Kriegskorrespondent der New York World und hat dann den Weltkrieg als Generalstabsmitglied der amerikanischen Armee mitgemacht, hat bei den Friedensverhandlungen manchen Blick hinter die Kulissen der hohen Politik tun können. Vielfache spätere Reisen in Europa haben seinen politischen Blick geschärft. So schreibt er: „Die unstrittigen westlichen Grenzen Polens sind in der Hauptsache dem Präsidenten Wilson zuzuschreiben. Bei ihm, bei Clemenceau und Lloyd George lag die Entscheidung. Clemenceau wußte genau, was er wollte — Deutschland zu Atomen zerhacken, so daß man es nie wieder als militärische und politische Macht zu berücksichtigen brauchte —, und mit tiger Wut wollte er nicht einen Augenblick von seinem Entschluß ab. Lloyd George, weniger erbittert und weichtiger, wünschte ein Polen, dessen Grenzen so gezogen sein sollten, daß die Gefahr künftiger Zusammenstöße auf ein Minimum herabgesetzt wäre. Präsident Wilson bestand darauf, auf der Grundlage seiner Lieblingspolitik (der des Selbstbestimmungsrechts) aufzubauen, und doch lehnte er es ab, einer Volksabstimmung in Westpreußen zuzustimmen, mit der Begründung, jede etwaige Ungerechtigkeit würde der Völkervereinigung wieder ausgeglichen. Schließlich legte er seinen Willen durch und hinterließ als sein Vermächtnis ein Pulverfaß. Der Korridor muß eine ständige Bedrohung für die Sicherheit

Polens und für den Frieden der Welt bleiben, wenn er überhaupt bleibt. Es ist dies wie zwei mit Pulver beladene Züge, die auf demselben Gleis aufeinander zufahren. Beide sind in Fahrt. Bei beiden wächst die Geschwindigkeit. Wenn die Ingenieure nicht die Bremsen ziehen, ist ein ungeheurer Zusammenstoß unvermeidlich, und bei diesem Zusammenstoß wird es eine Explosion geben, die die ganze Welt erschüttert.“

Auch Oberstleutnant Powell erlängte Ausführungen. Er schreibt darin über die Abtrennung von Ost-Oberpreußen: „Es war eine Regelung, die den durch Volksabstimmung unmißverständlich geäußerten Wünschen der Mehrheit der Einwohner des Gebietes offen ins Gesicht schlug. Die einzige Rechtfertigung war Polens unerfüllte Forderung nach Land und Frankreichs wilde Entschlossenheit, Deutschland in Stücke zu schlagen. Das Ganze wurde durch Brandstiftung, Gewalttätigkeit und Mord, durch Heuchelei, Rechtsverdrängung, Betrug noch verschärft. Niemand, so schreibt er, hat je versucht, diese Entscheidung zu verteidigen; sie läßt sich auch gar nicht verteidigen. Er fährt dann weiter aus, daß die außerordentliche Unruhe in diesem Gebiete, die unausgesetzte Folge von Saub und Streit, Ausfährungen und Grenzverschiebungen, Oberpreußen zum größten Gefahrenpunkt Europas gemacht habe.“

Die ganze Welt erkennt, daß der Versailler Vertrag unhaltbar, ja, daß er eine Gefahr für den Weltfrieden ist. Die ganze Welt fordert Revision — wo aber bleibt die deutsche Regierung?



Schluß.

Beim Gottesdienst war verkündet worden, daß am Nachmittag droben in der Burghalle eine Dankfeier gehalten würde für die glückliche Heimkehr des Müllers.

Diese Nachricht brach ganz jäh über die Dorfbewohner herein, so daß sie keine Zeit fanden, in den kurzen Stunden mit ihr fertig zu werden. Die Mühle blieb vor der Neck gerde verschlossen, wie auch droben in der Burg jedermann Schweigen bewachte.

Es geschah so, wie Mamfell Christine es verlangt hatte. „Sie muß sich offen zu ihrer Schuld bekennen“, forderte auch der alte Pfarrer. „Nur so kann der Makel von der Rufe und unserm lieben Junker genommen werden.“

„Und wenn es dann vor das Gericht kommt?“ fragte die Gräfin voller Angst.

„Wozu haben wir unsern gnädigen König, und der Christine stehen mächtige Helfer zur Seite. Mir ist nicht bange. Wie heißt es doch: In jedes Menschen Leben kommt einmal die Schuld. Lassen wir Gott danken, daß er alles so wunderbar gesteuert hat.“

So kam es wieder hinauf gezogen zur Burg, da fehlte keiner, der gehen konnte. Vor dem Altar sah Christine zwischen dem Grafen und der Gräfin. In seiner Nähe sah man die Rufe neben ihrem Müller — der Ausdruck eines wunderbaren Glücks lag über beiden.

Das Lied war gesungen, und der Pfarrer sprach warme

Worte des Dankes gegen Gott, daß der wackere Mann der Gemeinde wiedergegeben war.

„An uns ist es, ihm die langen Leidensjahre vergessen zu machen, damit für ihn und sein tapferes Weib nun das Glück kommt, das ihnen bisher vorenthalten blieb.“

Der Pfarrer schwieg, aber die Gemeinde fühlte, daß noch nicht alles gesagt war. Staunend sahen sie, daß sich Mamfell Christine erhob. Die Gräfin selber führte sie zum Altar und kehrte dann zu ihrem Mann zurück.

„Christine, Emma, ist Sie bereit, auf dieses heilige Buch zu schwören, die Wahrheit zu bekennen und nichts als die Wahrheit zu sagen?“

Christine legte ihre Hand auf die Bibel und sagte mit lauter Stimme: „Ja, schwöre.“

„So bekennen Sie sich vor der versammelten Gemeinde zu ihrer Schuld“, sagte der Pfarrer feierlich und begab sich in seinen Stuhl.

Die tapfere Frau wandte sich der Gemeinde zu, aber sie sprach zu dem Paar, das vor ihr saß, und deren leuchtende Augen ihr den Mut gaben, ihr Bekenntnis zu wiederholen. Als sie geendet, und die Gräfin sie in ihre Arme schloß, blieb kein Augen trocken.

„Wer sich ohne Schuld weigert, der werfe einen Stein auf sie“, erklarte es aus dem Munde des Pfarrers. „Wir wollen Gott danken, der alles so gnädig geführt hat. Ihr aber haltet eure Mäuler im Saum. Die Welt braucht nichts zu wissen, von dem, was hier geschah. Laßt uns beten.“

Zubehel flog das Lied zum Schluß aus allen Kehlen. Die Erbschöpfe aber wurde von ihrer Herrlichkeit in ihr stilles Zimmer gebracht, noch ehe es den Versammelten recht bewußt wurde. Oltmann aber und seine Rufe mußten dem Sturm standhalten, der nun losbrach. Wacker stand Bärdchen mit ihrem Haare ihnen zur Seite. Alle gelobten, Schweigen zu bewahren, und es war ehrlich gemeint.

Dann wurde es leer aus der Burg, aber im Weissen

Hirsch wurde es lebendig, des Gläherklagens und des Jubels war kein Ende.

„Wir haben es ja immer gesagt, daß es unser kleiner Junker wäre“, triumphierten sie. Keiner fand ein hartes Wort für Mamfell Christine.

Dem Stenden, der nebenan in dem Herrenstübchen saß, wurde es zuletzt so schwül inmitten all dieser Freude, daß er nur so froh war, sein eigener Kutscher zu sein.

Er flog von dannen und keiner erfuhr, wie Magister Moulin seine Botchaft aufgenommen hatte, denn er ward nie wieder hier in der Gegend gesehen.

Und als die Fahne droben auf der „Alten Burg“ auf halbhohe fiel, da salieten sich drunten im Dorf die Hände zum stillen Gebet, „Gott sei gedankt, daß wir noch einen lieben kleinen Junker haben“, so klang es in aller Herzen.

Der Herr vom Dietrichstein aber fuhr nach dem Begräbnis auf Reisen — haale begleitete ihn. Rector fand bei seinem König ein gnädiges Ohr. Es dauerte nicht lange, da traf frohe Botchaft ein auf der „Alten Burg“, Christine ward begnadigt, nichts sollte ihre letzten Tage schrecken.

Nur zu bald folgte sie ihrem lieben kleinen Junker ins Grab, nicht ohne daß sie noch die Freude erlebt hatte, daß drunten in der Mühle ein kräftiges Knäbeln mit seinem ersten Schrei die Welt begrüßte. Er würde es gut haben, denn das Glück war mit den Müllersleuten, sie hatten dem Leben ihren Tribut gezahlt.

Das herjige Junkerlein droben erfüllte weiter seine Mission. Sein Vater vergaß seine Hilfslosigkeit und der Großvater sein Alter, wo seine Sonnenaugen strahlten und sein goldhelles Stimmchen erklarte.

Seine Mutter aber blieb als echte deutsche Frau und Mutter der Mittelpunkt der „Alten Burg“. Alle in Burg und Dorf waren sich darin einig, daß es noch nie eine so schöne, gütige Burgfrau gegeben hatte, wie die liebreizende, anmutige Gräfin Fleur.

Zusammenbruch der Zentrumspolitik

Eine Rede an den deutschen Katholizismus

Die Würfel rollen. Es dämmert in Deutschland. Der Nationalsozialismus steht im Begriff, sich nicht nur die Köpfe großer Massen von Volksgenossen zu erobern, er ist schon viel weiter vorgestoßen, als manchen scheinen möchte. Der Nationalsozialismus erobert sich bereits die Herzen bisher gegnerisch eingestellter Menschen.

Aus allen Lagern kommen sie. Von links atheistische Marxisten, materialistisch erzogene Sozialdemokraten, die nach einem Ideal, einem Glauben hungrig sind, von rechts nationale Männer, Frontkämpfer, alte Liberale, aus der Mitte gläubige Katholiken, ehemalige Zentrumsleute, aus den Rechtsparteien gläubige Protestanten, es kommt der Proletariat und der Prinz, der Kaufmann und der Handwerker, der Kopf-arbeiter und der Handarbeiter, alle reichen sie sich die Hände, um endlich einmal zusammenzukommen, um endlich die kleinen Mauern von Nachbarsbau zu Nachbarsbau zu versetzen und zu der großen Armut zu stoßen, die jeden Deutschen begrüßt und jeden Fremdbürtigen draußen läßt.

Keiner ist zu schade für den Nationalsozialismus und keiner zu gering. Es gibt kein „zu Gering“ und kein „zu Mächtig“ für die Deutsche Freiheitsbewegung. Wo deutsche Volksgenossen leben ist eine Heimat für alle Deutschen, und wo die Heimat aller Deutschen ist, da wird auch der Geringste aufgenommen.

Es sind Parteigruppen, die aus Angst für ihre bisherige Vormachtstellung sich nicht zur Deutschen Freiheitsbewegung bekennen wollten. Sie stehen draußen und blicken neiderfüllt auf die braune Armee Hitlers, die täglich wächst, täglich neue Kämpfer gewinnt.

Mancher ist noch nicht ganz in den großen Umschmelzungsprozeß hineingekommen, den jeder beim Nationalsozialismus durchmachen muß. Mancher hat noch einen Rest liberaler Anschauungen, marxistischer Ideen bei sich und trägt sie mit sich herum. Erst allmählich gliedert er sich ein und gewinnt ein neues deutsches völkisches Weltbild.

Wie mächtig die Glut dieser Freiheitsidee ist, das beweist am deutlichsten die Wandlung, die ein gläubiger Katholik und ein gläubiger Protestant mitmacht, sie beide sich im braunen Ehrenkleid die Hände reichen als deutsche Schicksalsgenossen. Jeder lernt die religiöse Überzeugung des anderen achten. Keinem fällt es ein, seinen Nebenmann im braunen Hemd wegen seiner religiösen Überzeugung etwa zu belästigen. Es sind ja alle von demselben Gedanken befeuert. Wir haben als Deutsche zusammengehalten zur Rettung unseres gemeinsamen Vaterlandes. Also hilft nur im Innern eiserne Gerechtigkeit gegen jeden und nach außen eiserne Einigkeit.

Diese Glut der deutschen Freiheitsbewegung schlägt schon längst hinüber in die alten Parteien und erfaßt da und dort einen, der dann plötzlich blanke Armeen bekommt und mit freudigem Herzen sich in die braune Armee einliedert. Er hat begriffen, da es jetzt nicht mehr um 8 Pf. Lohnserhöhung oder um eine Stellenbefreiung oder um ein Wahlrecht oder um persönliche kleine Vorteile geht, sondern um alle, um alle Deutschen, um jeden einzelnen und um alle zusammen.

Manchen padet es rasch, mancher grübelt schwer, monatelang und jahrelang, bis er sich entschließt. Und die Grubler sind nicht die schlechtesten. Wenn sie sich entschieden haben, dann bleiben sie dort, wo sie sind.

Heute, am 21. August, hat sich wieder einer entschieden, von dessen Entscheidung in den nächsten Wochen ganz Deutschland sprechen wird. Er hat nicht nur für sich selbst entschieden, sondern er hat für viele Hunderte und Tausende das Wort ergreifen. Und sein Wort wird gehört werden bei den Katholiken in Deutschland.

Es ist erst wenige Wochen her, seit ein evangelischer Geistlicher, Herr Pfarrer Teusch, M.D.R., den Weg zum Nationalsozialismus gefunden hat.

Heute ist es ein katholischer Geistlicher, der von der Glemme des deutschen Freiheitswillens ergreifen und in die Öffentlichkeit tritt.

Der mutige und tapfer katholische Pfarrer, Herr Wilhelm Maria Senn von Sickingen (Baden), ein in katholischen Kreisen, vornehmlich in Kreisen der Geistlichkeit best-knowner Schriftsteller, Mitarbeiter vieler katholischer Zeitungen, hat für die katholische Geistlichkeit das Wort ergreifen.

Jahrelang beschäftigte sich Pfarrer Senn mit den Problemen der Gegenwart und nach langem Ringen mit sich kam er zu der Überzeugung, daß es nottut, ein offenes Wort über Katholizismus und Nationalsozialismus zu sprechen.

So kam er dazu, eine Broschüre zu schreiben, die soeben erscheint. Wir haben selten eine Schrift gelesen, die so ans Herz geht, wie die Schrift des tapferen Pfarrers Senn.

Katholizismus und Nationalsozialismus

(erschieden im Abwehr-Verlag, Münster (Westfalen), zu beziehen durch den „Süder-Verlag“, Karlsruhe, Kaiserstr. 153, Abt. Buchtrieb. Preis 80 Pf.)

Pfarrer Senn ist nicht Mitglied der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei. Noch nicht. Er ist heute noch Zentrumsmann. Aber gerade das macht seine Tat so bedeutend, daß er als katholischer Geistlicher, der jahrzehntlang in den vordersten Reihen des Zentrums kämpfte, heute das Programm des Nationalsozialismus rückhaltlos anerkennt, daß er nach seiner Überzeugung handelt und heraustritt an die Öffentlichkeit, um seine Gedanken in das katholische Volk hinauszutragen. Wir wissen, wie sehr die katholische Geistlichkeit unter dem brutalen Terror des Zentrums zu leiden hat, was die politische Meinungsäußerung betrifft. Darum ist es doppelt und dreifach anzuerkennen, wenn ein katholischer Pfarrer, der sein deutsches Herz auf dem rechten Fleck hat und sein Vaterland liebt, diesem Terror zum Trotz sich herauswagt, um die falsche Politik des Zentrums zu kenn-

zeichnen, um sich mit Freuden auf die Seite des Nationalsozialismus zu stellen.

Pfarrer Senn ist nicht als Parteipolitiker in seiner Schrift herausgetreten, sondern als Vertreter seiner katholischen Kirche, deren Wohl ihm am Herzen liegt. Aber er trat auch als Deutscher, als Erzieher und als Sohn unseres zermürbten und gepeinigten Volkes auf.

„Liebe zu Vaterland und Kirche haben die Feder geführt.“ So schreibt Pfarrer Senn im Vorwort zu seiner nicht englirnte Parteipolitik ist es, die ihn veranlaßt herauszutreten, sondern die Tatsache, daß ein Blick auf das Ganze nottut, das Bewußtsein davon, daß etwas getan werden muß, der Wille, dem deutschen Vaterland zu helfen, und die Hoffnung, seine katholische Kirche vor der verfehlten Parteipolitik des Zentrums zu retten.

Wer die Schrift des Pfarrers Senn liest — und es soll sie jeder Nationalsozialist lesen —, der begrüßt mit Freuden den offenen geraden Sinn, diese kerndeutsche Sprache, die Frische und Lebendigkeit des schon betagten weißhaarigen Herrn.

Pfarrer Senn nimmt kein Blatt vor den Mund. Er redet wie er velleit in seiner Gemeinde zu seinen Gläubigen spricht, kräftig und klar, eindeutig und wahrhaftig, in Sorge um das Wohl seines Volkes und seiner Religion.

Wir Nationalsozialisten begrüßen eine solche tapferen und wahrhaftigen Meinung, mag sie kommen aus welchem Lager sie wolle. Es ist nicht die Schrift eines Nationalsozialisten, der sich völlig eingegliedert hat in die Partei, es ist die Schrift eines Mannes, der die tiefsten Sinn des Nationalsozialismus erkannt hat, wenn er auch noch nicht in die einzelnen Probleme unserer Bewegung eingedrungen ist.

Wir können vom parteiatischen Standpunkt aus nicht alle Gedanken des Herrn Pfarrers Senn reiflos billigen und haben über einige von ihm angeregte Fragen eine andere Auffassung. Das hindert uns jedoch nicht, den zweifellosen deutschen Geist und das ehrliche Wollen des Pfarrers Senn voll anzuerkennen. Wir begrüßen die Schrift des Pfarrers Senn trotz gewisser geringer Verschiedenheiten der Auffassung mit Freuden. Es ist selbstverständlich, daß wir uns vom parteiatischen Standpunkt aus dort nicht einlassen, wo Pfarrer Senn lediglich religiös-kirchliche Gedanken entwickelt oder wo er von seiner religiösen Überzeugung spricht. Wir achten die religiöse Überzeugung eines jeden, sei er Protestant oder Katholik. Eine Beschäftigung mit religiösen Problemen liegt aber außerhalb unseres Programmes, das lediglich politische Aufgaben sich gestellt hat.

Notverordnung für Länder

Berlin, 22. August. Amtlich wird mitgeteilt: Die Sicherung der Haushalte von Reich, Ländern und Gemeinden ist das dringende Gebot des Augenblicks. Die Reichsregierung wird darüber demnächst ein umfassendes Gesamtprogramm veröffentlichen. Inzwischen gilt es, die Landesregierungen schon jetzt in den Stand zu setzen, einschneidende Sparmaßnahmen für sich und die Gemeinden durchzuführen, ohne dabei durch bestehendes Landesrecht etwa in wesentlichen Punkten behindert zu werden. Das Reichskabinett hat daher in der Sonntagsbesitzung beschlossen, dem Herrn Reichspräsidenten den Erlaß einer Verordnung „zur Sicherung der Haushalte“ vorzuschlagen, durch welche die Landesregierungen ermächtigt werden, alle Maßnahmen, die zum Ausgleich der Haushalte von Ländern und Gemeinden erforderlich sind, im Verordnungswege vorzuschreiben und dabei von dem bestehenden Landesrecht abzuweichen.

Weitere Einzelheiten

Berlin, 24. August. Die geplante neue Notverordnung, die Länder und Gemeinden ermächtigen soll, auf dem Verordnungswege (also zunächst ohne Befragung der Parlamente) Sparmaßnahmen zu treffen, wird, wie verlautet, vor allem vorheben, daß die Länder und Gemeinden die Kürzung der Gehälter vornehmen können, die sie bisher ohne Befragung der parlamentarischen Instanzen nicht vornehmen konnten. Durch die Verordnung werden u. a. auch alle Privatdienstverträge erfaßt, so daß ein genereller Abbau der Gehälter und Vergütungen in den Ländern und Gemeinden auf Grund der Notverordnung möglich sein wird. Der Zweck der Notverordnung besteht vor allen Dingen darin, die Hemmnisse zu beseitigen, die bisher für eine Sanierung der Gemeinden und Länder aus eigener Initiative bestanden. Dagegen steht die Notverordnung nicht vor, daß ein Beamtenabbau als solcher erfolgen soll. Das gesetzliche Recht der Beamten auf Beschäftigung bleibt also gewahrt. Die Höhe des Gehaltes als solches ist bekanntlich hingegen nicht ein sogenanntes erworbenes Recht, so daß die Gehälter verringert werden können. Die Frage, ob Steuererhöhungen vorgenommen werden können, dürfte hingegen in der Notverordnung offengelassen sein. Die Reichsregierung dürfte auf dem Standpunkt stehen, daß die Gemeinden und Länder noch eine Reihe von Steuerquellen besitzen, die sie nicht ausgenutzt haben und die sie zum Ausgleich der einzelnen Haushalte verwenden können.

Der Dank des Vaterlandes

Eine unmittelbare Folge der durch die bisherigen Notverordnungen der Reichsregierung und die noch mehr einschneidenden Runderlasse des Reichsarbeitsministers entstandenen Rechtsunsicherheit für die Opfer des Krieges, ist die Tatsache, daß die Zahl der sich in ihren Versorgungsansprüchen an die Freiheitsbewegung Adolf Hitlers wendenden Versorgungsberechtigten ständig ansteigt. Diese Bewegung wird noch gefördert durch die Erkenntnis, daß eine Reihe von Kriegssopferverbänden durch offizielle oder inoffizielle Querverbindun-

gen zu politischen Notverordnungsparteien das Vertrauen der Rechtsuchenden verloren haben.

Diese Entwicklung hat die Dienststelle der Reichsleitung der NSDAP. für Kriegssopferversorgung veranlaßt, zunächst eine allgemein verständliche volkstämmliche Zusammenfassung der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen in einer Broschüre „Der Dank des Vaterlandes“ herauszugeben, die bei dem geringfügigen Anschaffungspreis von RM. 1.20 jedem versorgungsberechtigten erschwänglich ist und ihm in ihrer klaren Darstellung der Rechtsverhältnisse bald unentbehrlich sein werden.

Als Ergänzung hierzu erscheint eine Monatschrift „Der Dank des Vaterlandes“, die als Mitteilungsblatt außer allen wichtigen Änderungen in der Gesetzgebung die Ziele der Kriegssopferversorgung in einem nationalsozialistischen Staat umreißen wird. Die Monatschrift, die einvierteljährlich zum Preise von RM. 1.00 einschließlich Postzustellgebühr zu beziehen ist, kann bei jedem Postamt nach der Zeitungsliste bestellt werden.

Beide Schriften erscheinen im Verlage „Der Dank des Vaterlandes“, eingetragene Genossenschaft m. b. H. auf gemeinnütziger Grundlage in Düsseldorf, Postfach 212, Postkassettkonto Köln 115263. Die Ueberhörsche des Verlages kommen tagungsgemäß den Kriegssopfern zugute und tragen Besteller der Broschüre und der Monatschrift nicht nur zur Auffklärung der Kriegssopfer bei, sondern übernehmen damit gleichzeitig die Dankespflicht der Nation denen gegenüber, die mit zerstoßenen Gliedern und diesem Körper den Dank des Vaterlandes immer noch erwarten müssen.

Als Herausgeber beider Schriften zeichnet der Sachreferent der Reichsleitung Pg. Hanns Oberlindober M. d. R.

Die Nordwolke macht Schule

Berlin, 22. Aug. Die Schweizer u. Oppler A.G., eine der bedeutendsten Schrotzgesellschaften, ist infolge unerhörter Spekulationen des Vorstandes zusammengebrochen mit einem Verlust, dessen Höhe zwischen 15 und 20 Millionen RM. schwankt. Der Aufsichtsrat hat die jahrelangen Verfehlungen des Vorstandes nicht bemerkt. Dabei sitzen in diesem Aufsichtsrat bekannte Sachverständige der Finanz und der Eisenindustrie. Namen wie Flick, des Generaldirektors der Vereinigten Stahlwerke, Cullig, des Generaldirektors der Borgwerke, und anderer führender Eisenindustrieller, die eigentlich die Gewähr dafür bieten müßten, daß derartige Mißstände nicht vorkommen durften. Die Finanzgeschäfte der Gesellschaft konnten von dem Generaldirektor der Dresdner Bank, Gutmann, und seinem Kollegen von der Commerzbank, Sobernheim, sowie von vier anderen Bankiers, die im Aufsichtsrat sitzen, sicherlich kontrolliert werden. Aber auch diese Herren haben geschlafen, und haben sich darauf beschränkt, Tantiemen einzufordern.

In diesem Zusammenhange scheint es verwunderlich, daß der bisherige Generaldirektor der Dresdner Bank, Gutmann, in den Aufsichtsrat der Dresdner Bank kommen soll, nachdem er nunmehr wieder ein Zeugnis von seiner „Eignung“ für das Aufsichtsam im Falle Schweizer u. Oppler abgelegt hat.

Fortsetzung folgt.

Wir marschieren in Harpstedt

Vg. Curt Gildner über: „Währung, Tribute, Wirtschaftskrise und Nationalsozialismus!“ In der gestrigen Verammlung der Sektion Mitte, die sehr gut besucht war und von Vg. Lütt geleitet wurde, sprach Vg. Curt Gildner über obiges Thema. Von der Rentenmark ausgehend, Landwirtschaft und Industrie kurz streifend, erläuterte der Redner die heimlichen Taten, die, von der Währung ausgehend, das ganze Wirtschaftsleben durchlaufen und erschüttern. Die ungeheuren Belastungen Deutschlands durch die Feindbündverträge, die Aufgabe der Selbsthilfe durch die Auflösung der Rentenbank, liegen die Zuhörer das Verbrechen erkennen, daß die Erfüllungspolitikler am deutschen Volke begangen haben. Um die Tribute zu ermöglichen, mußte das Reich Auslandsdebiten einhandeln. Nach einem Bericht der Reichsbank aus dem Jahre 1930 konnte die Einhaltung der Youngplanverpflichtungen nur durch Auslandsanleihen gewährleistet werden. Sodann übte der Redner scharfe Kritik an dem Brüning-Dietrich-Curtius-Kurs, der ganz allein die Schuld an dem namenlosen Elend der breiten Massen trage. „Hätte man uns am 14. September 1930 dem Willen des Volkes entsprechend das Staatsruhr anvertraut, wir wären uns der großen Verantwortung wohl bewußt gewesen und hätten uns ihrer nimmer entzogen. Im nationalsozialistischen Staate ist für Not ein Armut kein Platz vorhanden. Der Nationalsozialismus nur kann die trante Wirtschaft heilen und dem langsame, sicheren Aufstieg entgegenführen. — Der Referent erntete für seine Ausführungen starken Beifall. Die gleich darauf einsetzende rege Diskussion bewies zur Genüge das allgemeine Interesse. Nachdem einige besonders heiß umstrittene Punkte vom Vg. Gildner reiflos widerlegt bzw. klargestellt werden konnten, fand die Verammlung nach einem kurzen Schlußwort des Vg. Lütt ihr Ende.

Die Bilanzen der Beamtenbank gefälscht!

Die Schuld der Schünemann-Presse - Beamtenbank und Lehrerschaft
Osterloh der Verantwortliche!

Beamtenbank u. Lehrerschaft

Von Reinhart Jüngling

Das traurige Ende der Beamtenbank dürfte wohl allen bremischen Beamten ein erster Anlaß sein, sich zu fragen, ob die politische und wirtschaftliche Führung der bremischen Beamtenbank während der letzten dreizehn Jahre wohl in richtigen Händen gelegen hat. Ganz besondere Bedeutung hat diese Frage aber für die Beamtengruppe, die seit Jahren die führenden Persönlichkeiten gestellt hat und noch stellt, das ist die Volksschullehrerschaft. Es ist bekannt, daß Herr Joh. Osterloh, seines Zeichens Lehrer, nicht nur nominell der Führer der bremischen Beamtenbank ist, sondern daß er in all seinen vielen Positionen tatsächlich einen maßgebenden und weitreichenden Einfluß ausübt, sodaß in der bremischen Beamtenbewegung nichts geschieht, zu dem er nicht vorher Stellung genommen hätte. Er ist in Bremen der Beamtenführer, dem Tausende von Beamten ihr unbegrenztes Vertrauen entgegengebracht haben. Wenn er nun doch vorlag hat, als er sah, welche Luderwirtschaft in der Beamtenbank getrieben wurde und welches Unheil daraus entstehen mußte — und dazu schweig, schweig, obwohl er — und nur er — das Vertrauen von Tausenden von Mitglieðern genoß, muß dann nicht seine ganze geistige Grundhaltung, die ja bekanntlich marxistisch ist, dafür verantwortlich gemacht werden? Zeigt sich nicht auch hier wieder an einem Einzelfalle, daß internationaler Marxismus mit raffisch gebundener deutscher Denkart unvereinbar ist? „Don altersher im deutschen Volke war der höchste Ruhm, getreu und wahr zu sein!“

So lernen Ihre Kinder in der Schule, Herr Osterloh, und Sie lassen sich öffentlich der Lüge zühen?

Osterloh ist groß geworden im bremischen Lehrerverein, in dem er seit Jahrzehnten an führender Stelle tätig ist und zur Zeit das Amt des 1. Vorsitzenden bekleidet. Dieser Zusammenhang dürfte für die gesamte bremische Lehrerschaft Anlaß genug sein, einmal ihre Blicke auf jenen Verein zu lenken und zu prüfen, ob sein Wirken im öffentlichen Leben Bremens während der letzten dreizehn Jahre segensreich gewesen ist. Der früher im hohen Ansehe, stehende bremische Lehrerverein, seit über zwei Jahrzehnten unter marxistischer Leitung befindlich, hat im Laufe dieser langen Zeit eine Tätigkeit ausübt, die ein deutsch denkender nicht anders als unheilvoll bezeichnen kann. Auch hier zeigt sich, wie überall, daß alles, was der marxistischen Denkart überantwortet wird, notwendig der Zerstörung anheimfallen muß.

Der katastrophale Niedergang und Verfall der bremischen Volksschule ist zum großen Teile sein Werk.

Er war bei allen „Reformen“ der Äreger, Förderer und Sordierer. Um zu erkennen, wohin der Weg geführt hat, greife man zur Lehrzeitung, dem Organ des Br. Lehrervereins, und studiere ohne marxistische Scheuklappen etwa die „Richtlinien zur Schularbeit“. Viel weiter geht's rücker! Doch das nur nebenbei; das Kapitel „Bremische Volksschule“ bedarf einer besonderen und gründlichen Behandlung.

Hier sei nur hingewiesen auf einige Auswirkungen des marxistischen Geistes auf die Lehrerschaft selbst und ihr Vereinsleben. Seit Jahren hat im L.D. eine fast

rein marxistische Clique von etwa 50 Personen das Heft in der Hand.

Was verschlägt, wenn der eine oder andere Demokrat dabei ist? Diese Leute nun haben seinerzeit die Umwandlung des Vereins in eine Beamtenbank herbeigeführt und üben seitdem in zahlreichen Ausschüssen eine rege Tätigkeit aus, deren Eifer zu loben wäre, handelte es sich hier nicht um das Ende um eine systematische Durchbringung aller Bildungsarbeit mit dem zerschlagenden marxistischen Geiste und damit um die Zerstörung und Vernichtung alles dessen, was auf dem Gebiete des Unterrichts und der Erziehung bisher Geltung und Wert hatte. Der Marxismus hat es bekanntlich nicht verstanden, sich mit der ganzen Kultur anders als in verneinendem Sinne auseinanderzusetzen. Für die übrigen 800 Mitglieder bleibt nicht viel zu tun übrig. Die Vereinsversammlungen werden nur noch von einer ganz geringen Minorität, hauptsächlich aus jenen fünfzig, besucht. Die Mehrheit hat kein Interesse und bleibt fern. Man hat sich mit einer Richtung abgefunden, die einem wohl nicht in allen Stücken paßt, gegen die grundsätzlich Stellung zu nehmen einem aber nicht in den Sinn kommt. Man hat sich tröstlich aus, damals, als er Mitglied einer Gewerkschaft werden sollte, in deren Satzungen ein Passus vom „Kampf mit allen gewerkschaftlichen Mitteln“ stand. Die meisten glaubten aber, es werde wohl nicht so schlimm werden. Außerdem wurde man durch Gründung einer Kranken- und Sterbekasse an den Verein gefesselt. Sollte man diese Leute, die so viel für die Lehrerschaft taten (man denke doch nur an die Einführung der famosen „kollegialen“ Schulverwaltung), im Stiche lassen? Und dann war man doch auch Mitglied des Lehrergesangsvereins, den man nicht gerne aufgeben wollte! Jawohl, es ist so.

Der nur künstlerische Ziele verfolgende Bremer Lehrergesangsverein steht in einem Zwangsverhältnis zu einer politischen Ziele verfolgenden Gewerkschaft, genannt Bremischer Lehrerverein, und jedes seiner Mitglieder muß auch dem Hauptverein angehören, mag er nun Marxist sein oder nicht!

Leider ist es dem Gesangsverein bisher trotz mehrfacher Versuche nicht gelungen, sich aus diesem seiner unwürdigen Abhängigkeitsverhältnis zu lösen.

Nun besteht in Bremen noch ein „Lehrerbund“, der sich aus denen zusammensetzt, die mit der herrschenden Richtung nicht einverstanden sind. Was soll man aber von diesem Bunde erwarten, der ausdrücklich erklärt, kein Kampfbund sein zu wollen! — Will man also die augenblicklich feilsche Einstellung des bremischen Lehrertages kurz charakterisieren, so könnte es mit dem Worte Resignation geschehen. Die bremische Lehrerschaft hat Verzicht geleistet, sich von der Bevormundung durch eine kleine Marxistengruppe zu befreien. Sie hat verzichtet, die „Errungenheiten“ der Revolution auf ihrem Gebiete unter die Lupe der Kritik zu nehmen; sie

hat ferner verzichtet, unabhängig von marxistischen Bonzen um ein neues, deutsches Bildungsideal zu ringen. Hat sie auch auf ein eigenes Urteil verzichtet? Fast könnte es so scheinen.

Wir wissen aber genau, daß es auch jetzt noch manchen Lehrer in Bremen gibt, der unverbunden von marxistischen Schlagworten, sich seinen eigenen klaren Blick bewahrt hat, der sieht, wohin die bremische Volksschule geratet, wie das Ansehen des Lehrertages gesunken ist, und der manchen stillen Kampf gegen Unvernunft und Torheit auskämpft, wovon die Öffentlichkeit nichts erfährt.

Nun kracht es im Gebälk der marxistischen Zeitung, eine hohe Säule ist schon gefallen. Von außen kam der An-

stoß, der Krach der Beamtenbank hat nicht nur Hunderten von bremischen Lehrern Sorgen und Not gebracht, sondern auch der Gesamtheit schweren Schaden getan (das ganze Vereinsvermögen soll verloren sein). — Sind es nicht dieselben sozialistischen Bonzen hier wie dort? Wird die bremische Lehrerschaft jetzt endlich aus ihrem Schlafe erwachen, in den sie das betäubende Gift der marxistischen Irrlehren verpestet hat? Sie sieht jetzt den materiellen Trümmerhaufen rings um sich, erkennt sie auch den geistigen? — Überall spricht schon neues Leben aus den Ruinen. Will die Lehrerschaft, daß der Geist der nationalen Erneuerung über sie hinweggezogen und ohne sie ein Haus baut? Deutscher Lehrer, erwache! —

Sie sollen zahlen!

Dies Tinte ist schon um den Beamtenbank-Skandal verflüchtigt worden. Der Öffentlichkeit sind darüber die Augen geöffnet worden, daß der Genossenschaftsbonze zu einem Stück werden kann, wenn seine prominentesten Vertreter ihn mit Füßen treten. Und Johannes Osterloh, der Käufer jener Genossenschaft, hat den Beweis erbracht, für die Wertlosigkeit jedes gemeinnützigen Unternehmens in jeder Form, wenn eben dahinter Betrüger stehen, die ihre Anhänger in die Irre führen und bestehlen!

Überlassen wir diese Leute einem energiegelben Staatsanwalt und wenden wir uns dem Schicksal derer zu, die durch den Betrug ihrer Führer ins Anglück gestoßen wurden.

Für diese Bedauernswerten ist es jetzt wichtiger, einmal darüber nachzudenken, ob und wie geholfen werden kann. Grundsätzlich haben wir Nationalsozialisten immer den Standpunkt vertreten, daß den Sparern und Einlegern der Beamtenbank von Staatswegen geholfen werden muß, weil der Staat auch in den Fällen Danat- und Schröderbank und Nordwolle helfend eingegriffen hat und weil auch dort die Verluste durch eine leistungsfähige Luderwirtschaft verursacht worden sind.

Den Staat um Hilfe anrufen ist eine Aktion für sich. Sie kann erst in Angriff genommen werden, wenn die Beamtenbank sich dazu bequemt haben wird, ihren neuen Status bekannt zu geben, der noch allerhand böse Überraschungen bringen wird!

Auf Grund zuverlässiger Informationen glauben wir in Bezug auf die Frage der Verantwortlichkeit die Beamtenbank gar nicht eindringlich genug auf

die Rolle der Reichszentralkasse in Berlin aufmerksam machen zu können.

Die Reichszentralkasse, hinter der die Preußenkasse steht, ist ein staatliches Garantierorgan für die deutschen Beamtenbanken. Etwa 60 Beamtenbanken sind diesem staatlichen Garantierunternehmen angeschlossen. Die Verantwortung für das Schicksal dieser Banken trägt die Reichszentralkasse. Sie hat die ständige Überwachung des Geldverkehrs, die Prüfung und Genehmigung der Bilanzen übernommen und hat für die Reinlichkeit und Erfüllungsfähigkeit der ihr angeschlossenen Banken Sorge zu tragen. Auch die Bremer Beamtenbank war dem Garantierverband angeschlossen und untersteht der Reichszentralkasse. Das geht aus nachstehenden, aktengemäßen festgehaltenen Daten hervor:

Am 9. Januar 1930 hat der Generaldirektor Snoek, damaliger Vorstand des Aufsichtsrates der Beamtenbank, in einer Aufsichtsratsitzung ein verbindliches Angebot der „Gepag“ in Köln zur Genehmigung vorgelegt, wonach die „Gepag“ sich verpflichtet, im Verlauf von wenigen Jahren alle vom B.K.W.D. bei der Bank genommenen Kredite, sowie die in der Almende A.G. wirklich investierten Gelder (gibt es auch „unwirkliche“?) nebst Zinsen zurückzugeben, weiter erbot sich Snoek als Generaldirektor des B.K.W.D. einen Betrag von 500 000 M. sofort der Beamtenbank zur Verfügung zu stellen.

Der Aufsichtsrat (Osterloh) und der Vorstand haben dieses greifbare Angebot abgelehnt. Sie haben weiter ein durch Snoek herbeigeführtes, ernsthaftes Angebot auf Veranlassung der Reichszentralkasse abgelehnt, wonach die heutigen Millionenerlöse der in Berlin investierten Gelder auf rund 500 000 M. hätten beschränkt werden können!

Das sind Vorgänge, die protokolllarisch festgehalten und von beiden Richtungen unterschrieben sind.

Am 15. Januar 1930 stellte der Vorsitzende des Aufsichtsrates sein Amt zur Verfügung, weil sein Antrag auf Annahme der oben aufgeführten positiven Angebote — welche die Bereinigung der durch Unterschlagungen, Spekulation und Veruntreuungen entstandenen Verluste damals noch ermöglicht hätten — abgelehnt wurde.

Mit dem 17. Januar 1930 übernimmt die Reichszentralkasse die Verantwortung für die Beamtenbank!

Ihr Vorstandsmitglied Eips betätigt sich bis Mitte April 1931 bei der Beamtenbank. Mit Mitwirkung und unter ausdrücklicher Genehmigung der Reichszentralkasse und der Preußenkasse werden die Bilanzen von 1929 und 1930 aufgestellt und zur Werbung neuer Kunden öffentlich bekannt gegeben. Nur in der selbstverständlichen Annahme, daß die Richtigkeit einer von der Reichszentralkasse geprüften und genehmigten Bilanz gar keinem Zweifel unterliegen kann, haben Tausende von Beamten weiterhin ihre Spargelder und Einlagen zur Beamtenbank getragen. Tatsächlich aber waren diese Voraussetzungen nicht gegeben, denn

die Bilanzen waren „unter Mitwirkung und unter ausdrücklicher Genehmigung der Reichszentralkasse“ gefälscht!

Die Bilanzen von 1929 und 1930 hätten — wären sie einwandfrei gewesen — große Verluste aufweisen müssen, verursacht durch die bekannten Betrübungen!

Diese Tatsachen sind so ungeheuerlich, daß wir nicht

Die Rolle der Reichszentralkasse und des Herrn Osterloh eindringlich genug die Beamtenbank auffordern können, in geschlossener Einheitsfront

mit aller Energie und Fähigkeit die Heranziehung der Reichszentralkasse zur vollen Verantwortung zu betreiben!

Die bremische Beamtenbank kann unserer tatkräftigen Unterstützung und Mitwirkung versichert sein, handelt es sich doch bei den verantwortlichen Leitern der regierungsmittlichen Reichszentralkasse wieder um Sozialdemokraten und Juden (Direktor Posselt (Sozi), Dr. Bloch und Syndikus Dr. Aron) von denen das Schicksal aller Sparer der Beamtenbank abhängt!

Die Schuld der bürgerlichen Presse

Es ist mehr als auffällig, in welcher epischer Breite die bürgerliche Presse sich zur Zeit mit dem Konkurs der Beamtenbank auseinanderzusetzen für nötig befindet.

Unterstellt man, daß die Bilanzen der Anschlußgesellschaften der Beamtenbank, in erster Linie also des B.K.W.D., für die bremische Bevölkerung dieselbe Bedeutung in sich tragen, wie die der Bank selbst, so nimmt es in außerordentlichem Maße Wunder, daß die ungewöhnlichen (angeblichen) volkswirtschaftlichen und bilanztechnischen Kenntnisse, mit deren Glorifizierung sich zu umgeben anscheinend kein Redaktionsmitglied der bürgerlichen Presse verschmähen zu können meint, nicht schon früher hervorgetreten sind. In einem Zeitpunkte, als eine derartige Unterrichtung des Lesers freigesetzt den vielen Genossen und Leidtragenden noch von Nutzen sein konnte. Ist doch damit des Stillstehens gerade dieser Presse niemand rechtmäßig gewarnt worden, obgleich das nicht nur möglich, sondern geradezu ein Gebot eben dieser Presse war!

Die Bilanzen des Bremer Konsum- und Wirtschaftsbereichs sind stets durch die Tagespresse der Schünemanns gegangen. Die beiden letzten Bilanzen zeigten demjenigen, der solche Bilanzen zu lesen verstand, schon damals auf, daß es mit dem B. K. W. D. ungewöhnlich schlecht stand. Besonders mußte die letzte Bilanz von 1930, die erstmalig den Ausweis eines regelrechten Verlustes nicht mehr vermeidbar machte, den Volkswirten bei Schünemann dazu Veranlassung geben, die vielen Genossen unter ihren Lesern an ihrer Schamhaft teil haben zu lassen und sie — wenigstens durch die Zeilen hindurch — zu warnen. Nichts von alledem ist geschehen! Man wird die Vermutung haben nicht los, daß lediglich die Rücksicht auf den Grosheinrenten ausschlaggebend für diese Haltung des Schünemann-Verlages war!

Der Leute, die es nachher besser wissen, die nur nachher eine wohlwollende Kritik finden, gibt es wahrlich so viele, daß man auf die nachträgliche Ausschachtung der Angelegenheit in folgendem Ausmaße gern verzichten kann. Auch heute ist es verdammerlich, daß noch mit keiner Zeile den Lesern andeutet ist, welche Überlassungen ihrer gerade von Seiten des B.K.W.D. noch harren. Dabei erscheint es doch völlig unaussprechlich, daß die Anschlußgesellschaften bzw. Genossenschaften um das Schicksal der Beamtenbank gar nicht herumkommen. Es ist einfach nicht denkbar, daß für die enorme Unterbilanz des B.K.W.D., die jetzt plötzlich in trassiertem Gegenfah zu der mit Mfl. 15000.— abschließenden Verlustbilanz vom Dezember 1930 ein Defizit von (vorläufig) über Mfl. 800.000.— aufweist, ein „Deus ex machina“ auftaucht, der den Genossen diesen kleinen Verlust abnimmt.

Selbst wenn sich ein Konsortium findet, das die Läden und Einrichtungen des B.K.W.D. übernimmt, dürfte der Verlust damit auch nicht zum kleinsten Teile behoben sein. Eine Übernahme wird in solchen Fällen immer nur unter Ausschluß der Passiven erfolgen, d. h., das nicht nur der ausgewiesene Verlust, sondern auch die Verbindlichkeiten bei den Genossen hängen bleiben.

Es scheint demnach höchste Zeit zu sein, sich mit dieser kommenden Lage rechtzeitig zu befassen, sodaß die Genossen mit ihrem Anteilkapital von insgesamt RM. 600000.— und der gleichen Summe als Mindesthaftung nicht wieder ebenso unheilvoll für Überlassungen stehen, wie es bei dem Konkurs, bzw. der unerwarteten Einstellung der Beamtenbank der Fall war!

Es mag dahin gestellt bleiben, ob die schweigsame Haltung der bürgerlichen Tagespresse von der Rücksicht auf die Grosheinrenten oder auf andere Gründe zurückzuführen ist; Tatsache scheint es zu sein, daß die Leser nicht so unparteiisch aufgeklärt wurden, wie das ihren und nicht den Interessen der bürgerlichen Presse gebührt hätte!

Gen.